

**AKTUELL:****Neu im Internet**

Was auf Bundesebene schon länger geübte Praxis ist, hat nun auch Niedersachsen erreicht. Im Internet unter:

[www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de)

(dort dann im Bereich Landtage und Niedersachsen) kann jeder einzelne Abgeordnete aus dem Niedersächsischen Landtag direkt online befragt werden.

Nutzen Sie diese Möglichkeit, stellen Sie konkrete Fragen an „Ihren“ Abgeordneten und seinen Sie gespannt auf die jeweilige Antwort.

**Neubesetzung von Arbeitsplätzen -  
sofortige Eingruppierung der  
Tarifbeschäftigten**

Nach einer Verfügung der OFD Niedersachsen vom 27.12.2010 ist **ab sofort** die/der Tarifbeschäftigte **mit Beginn der Wahrnehmung der auszuübenden höherwertigen Tätigkeit** des jeweiligen Arbeitsplatzes **in die entsprechende Entgeltgruppe eingruppiert**.

In der Vergangenheit mussten Tarifbeschäftigte eine bis zu sechsmonatige „Einarbeitungszeit/Bewährungszeit“ durchlaufen bevor sie höher gruppiert wurden.

**Das diesbezügliche Umdenken der OFD Niedersachsen resultiert aus einer Initiative der Personalvertreter aus den Reihen der DSTG.**

Die OFD konnte davon überzeugt werden, dass die bislang geübte Praxis nicht mit der „Tarifautomatik“ im Einklang stand.

**“Einsatztag” Steuerverwaltung in Dortmund**

DSTG Bezirksvorsitzender aus Westfalen-Lippe sprach beim Einsatztag in Dortmund auch für unsere Kolleginnen und Kollegen

In den vergangenen Tagen wurde die Kampagne „Wir machen das. Wer sonst?“ zur Einkommensrunde 2011 gestartet. Beschäftigte aller öffentlichen Verwaltungen werben hiermit für die Forderungen, mit denen die Gewerkschaften in die Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) gehen werden.

Sowohl das Personal der Steuerverwaltung als auch Krankenschwestern und Straßenwärter, Polizisten, Lehrer und Feuerwehrleute, Justizvollzugsbeschäftigte und Mitarbeiter der Bürgerämter sorgen unter immer schwieriger werdenden Bedingungen dafür, dass unser Gemeinwesen rund um die Uhr funktioniert. Alle Bereiche waren gefragt, als es darum ging im Internet, auf Plakaten und mit Straßenaktionen auf die hohe Arbeitsbelastung durch anhaltenden Personalabbau, ständig wachsende Arbeitsverdichtung und unzureichende Vergütung hinzuweisen und durch diese Aktionen der Forderung nach spürbar mehr Einkommen Nachdruck zu verleihen.

In Düsseldorf forderten Krankenhausbeschäftigte bessere Arbeitsbedingungen, in Dresden lautete die Forderung der Lehrer: Gutes Geld für gute Bildung, in Hannover machten die Beschäftigten der Straßenmeistereien auf ihre schwierigen Arbeitsbedingungen aufmerksam. Die gemeinsam vom dbb Bund und ver.di geplante Kampagne wies den Einsatztag der Beschäftigten der Steuerverwaltung dem Land Nordrhein-Westfalen zu.

Am Vormittag des 27. Januar 2011 haben hier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Steuerverwaltung den Passanten der Dortmunder Innenstadt vor Augen geführt, wie gigantisch der Geldbetrag ist, der unserem Gemeinwesen jährlich verloren geht, weil in den Finanzämtern, bei der Steuerfahndung und der Betriebsprüfung akuter Personalmangel herrscht. 30 Milliarden wurden in Ziffern auf eine Bühne getragen und zu einer 20 Meter langen Reihe formiert. „Dieses Geld fehlt dem Staat an allen Ecken und Enden, während wir zusehen müssen, wie die Steuergerechtigkeit immer mehr auf der Strecke bleibt“, so der Bezirksvorsitzende der DSTG Westfalen-Lippe. „Wir fordern die Politik auf, die Lücken im Personalkörper durch

Fortsetzung auf Seite 2

## Aus dem Landesvorstand

Fortsetzung von Seite 1

Einstellungen zu schließen und im Rahmen der anstehenden Tarif- und Besoldungsrunde für eine leistungsgerechte Bezahlung zu sorgen. Die Tarifforderungen sind sozial ausgewogen, angemessen und bezahlbar“.

Der dbb beamtenbund und tarifunion fordert im Rahmen der Einkommensrunde 2011 für alle Beschäftigten der Bundesländer

- einen Sockelbetrag von 50,- Euro
- eine lineare Erhöhung der Einkommen von 3 Prozent,
- eine tarifliche Laufzeit von 14 Monaten

Das Tarifiergebnis muß - so die Erwartungen - zeit- und inhaltsgleich auf Beamtinnen und Beamte und Versorgungsempfänger übertragen werden. Die Verhandlungen der Gewerkschaften mit der TdL beginnen am 04. Februar 2011 in Berlin. Über den Fortgang der Verhandlungen berichtet die dbb tarifunion fortlaufend auf ihrer Internetseite [www.tarifunion.dbb.de](http://www.tarifunion.dbb.de)

## Aus dem Landesvorstand

### Klausursitzung des Geschäftsführenden Vorstandes in Mühlen

Am 20. und 21. Januar 2011 fand in Mühlen/Vechta eine Klausursitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der DSTG statt. Hier wurden wesentliche Themen des lfd. Jahres 2011 besprochen, aber auch schon ein Ausblick in 2012 vorgenommen.

Im Jahr 2012 steht der nächste Landesverbandstag in Niedersachsen an, und es sind wieder Personalratswahlen durchzuführen. Nach unserer gültigen Verfahrensordnung müssen sich mögliche Kandidatinnen und Kandidaten für die Stufenvertretungen (Bezirkspersonalrat bei der OFD Niedersachsen und Hauptpersonalrat beim Finanzministerium) **bis zum 01.07.2011** über ihren jewei-



ligen Ortsverband gemeldet haben. Ein entsprechender Aufruf durch den Landesvorstand (mit entsprechenden „Kandidatenbogen“) wird in den nächsten Wochen an die Ortsverbände ergehen.

Neben ersten Überlegungen zu Änderungen bei der Satzung und Veränderungen in der Beitragsstruktur nahm der Bereich der anstehenden Tarifverhandlungen in der Klausur einen umfangreichen Raum ein. Die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft der Länder (unter Vorsitz unseres Finanzministers Hartmut Möllring) beginnen am 04.02.2011. Wir sind gespannt, was unserem Dienstherren unsere Leistung wert ist.

#### Impressum:

Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Dr. Thorsten Eichenauer, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover  
Telefon: 05 11/34 20 44, FAX: 05 11/3 88 39 02, e-mail: [geschaeftsstelle@dstgnds.de](mailto:geschaeftsstelle@dstgnds.de), Internet: [www.dstgnds.de](http://www.dstgnds.de)  
Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Uschi Japtok und Markus Plachta, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover  
Auflage: 8.000 - Erscheinungsweise: zweimonatlich - Druck: Druckerei Hartmann, Weidendam 18, 30167 Hannover  
Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss.  
Der Bezugspreis ist für Mitglieder durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. (C) 2011 - DSTG Niedersachsen - Alle Rechte vorbehalten

Liebe Kolleginnen  
und Kollegen,

seit mehr als 50 Jahren wird die Gewerkschaftsarbeit eines jeden Jahres mit der Jahrestagung des dbb eröffnet. Nach der Föderalismusreform glaubten viele, für die Gewerkschaftler aus den Ländern lohne sich die Teilnahme nicht mehr, weil Fragen des Bundes die Tagung beherrschen würden. Doch es gibt nach wie vor viele Themen, die Bund und Länder gleichermaßen berühren. Diese stellte der dbb-Vorsitzende Peter Heesen in einer inhaltlich und rhetorisch sehr guten Rede dar, indem er sich den Grundwerten menschlichen Miteinanders zuwandte, Grundwerte, die auch im öffentlichen Dienst Beachtung finden müssen.

Jede Gemeinschaft Familie, Verein, Freundeskreis, Dienststelle, usw. lebt vom Vertrauen. Vertrauen ist die Basis erfolgreichen gemeinsamen Wirkens. Schwindet das Vertrauen, verringert sich der Erfolg. Verringert sich die Glaubwürdigkeit, entsteht schleichend Misstrauen.

Misstrauen ist das Ende der Gemeinsamkeit, denn jede Aussage wird angezweifelt. Gebrochene Versprechen sind der beste Nährboden für Misstrauen oder wie Johannes Rau es formuliert hat: „Gebrochene Versprechen sind gesprochene Verbrechen.“ Den Bundesbeamtinnen und Beamten war nicht nur die Rücknahme der Weihnachtsgeldkürzung zum 1.1.2011 versprochen, sondern diese war bereits durch das Dienstrechtsneuordnungsgesetz 2008 **vor der Bundestagswahl 2009** beschlossen worden. Nun wurde sie um 5 Jahre hinausgeschoben. Diese Entscheidung geißelte Peter Heesen zu Recht als Wortbruch, als Wortbruch der Politik. Er habe sich in diesem Zusammenhang wiederholt die Frage anhören müssen, ob er so naiv sei und glaube, die Politikerinnen und Politiker seien in 5 Jahren verlässlicher als heute.

Dieses Misstrauen herrscht aber

nicht nur bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst, es hat inzwischen die gesamte Bevölkerung erfasst. Mehr Netto vom Brutto können trotz fortschreitender Pisa die meisten Menschen in diesem Land noch erkennen. Sie haben Einkommenszuwachs erwartet und ein Minus erlebt. Wenn die Bürgerinnen und Bürger sich parteiübergreifend von der Politik getäuscht fühlen, entfernen sie sich von diesem Staat eine äußerst gefährliche Entwicklung.

Der Ministerpräsident unseres Landes hat in seiner Neujahrsan-



sprache hervorgehoben, in Niedersachsen seien im vergangenen Jahr mehr als 50.000 Arbeitsplätze entstanden. Leider, Herr Ministerpräsident, hat die Landesverwaltung daran keinen Anteil. Im öffentlichen Dienst wurden und werden weiter Stellen abgebaut, obwohl deutlich sichtbar die Grenzen des Stellenabbaus überschritten sind, denn wir können unsere Aufgaben nicht mehr sachgerecht wahrnehmen. Wir laufen zusätzlich in die Generationenfalle, weil wir heute unter dem Bedarf ausbilden und morgen keine qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber finden werden. „Das Vorurteil vom aufgeblähten deutschen Beamtenapparat ist realitätsfern: Dem Ifo-Institut zufolge ist der öffentliche Dienst in Deutschland, gemessen an der

Gesamtwirtschaft, einer der kleinsten im internationalen Vergleich, signifikant kleiner als in Großbritannien und den USA.“ (Handelsblatt vom 12.1.2011; Dietrich Creutzburg, Was unsere Beamten wert sind) Nicht der magersüchtige öffentliche Dienst darf das Ziel sein, sondern der effektive, der die von der Politik vorgegebenen Normen umsetzen kann.

Dass es wieder Aussicht auf steigende Einkommen geben soll, freut uns Herr Ministerpräsident. Ich unterstütze Sie in Ihrer Forderung, „alle sollen vom Aufschwung profitieren“. Wie Sie bin ich der Meinung, dass auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Erfolg entscheidend beigetragen haben. Hierzu zählen natürlich auch die Beschäftigten Ihres Landes. Leider ist Deutschland Schlusslicht bei den Ausgaben für die Gehälter des öffentlichen Dienstes. 7,4 % des Bruttoinlandsproduktes geben wir in Deutschland für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes aus. Diese rote Laterne wollen wir nicht nur, wir müssen sie auch abgeben, um den Leistungen unseres öffentlichen Dienstes gerecht zu werden.

Unser Bundesvorsitzender Dieter Ondracek stellte zutreffend fest, der Staat funktioniere durch den Einsatz und die Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Diese (z.B. Feuerwehrleute, Polizistinnen und Polizisten, Beschäftigte in Krankenhäusern und im Rettungswesen) stehen rund um die Uhr, 24 Stunden an jedem Tag, für die Gemeinschaft zur Verfügung. Das nimmt die Politik als selbstverständlich hin. Als Gegenleistung für diesen Einsatz erwarten wir eine gerechte und angemessene Teilhabe an dem Aufschwung.

Die Tarifbeschäftigten und die Beamtinnen und Beamten werden geschlossen für eine Gehaltserhöhung kämpfen. Wir werden solidarisch für unsere Interessen eintreten. Wir erwarten aber auch Solidarität von unseren Landtagsabgeordneten.

## Der Landesvorsitzende - Angemerkt...

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung versetzen durch die Erhebung der Steuern die Politiker in die Lage, ihre Ideen umzusetzen. Maßstab für unsere eingeforderte Solidarität wird daher der Vergleich der Diätenerhöhungen mit den Gehaltserhöhungen sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den kommenden Wochen geht es um Ihr künftiges Einkommen. Ich baue auf Ihren Einsatz und Ihren Kampfeswillen

Ihr



## Aus dem Landesvorstand

### Änderungen bei den Beurteilungsrichtlinien beschlossen

Nach den Beurteilungsrichtlinien findet eine Regelbeurteilung für die Beamtinnen und Beamten bis zur BesGr. A 16 einschließlich in Abständen von 3 Jahren jeweils zum 01. Oktober statt.

Regelbeurteilungen nach diesen Richtlinien sind für die Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt zu verschiedenen Stichtagen (bis einschließlich der BesGr A 11 beispielsweise zum 01. Oktober 2008, ab der BesGr A 12 beispielsweise zum 01. Oktober 2009) erstellt worden.

Ab dem Jahr 2011 werden nunmehr alle Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt von der BesGr A 9 - A 13 BBesO zu einem einheitlichen Stichtag, nämlich am 01. Oktober 2011 beurteilt.

Bei der Änderung der Beurteilungsrichtlinien und der Wahl des Beurteilungsstichtages wurde die Vorgabe der Rechtsprechung, ein Beurteilungszeitraum darf nicht länger als drei Jahre umfassen, berücksichtigt.

Zum 01. Oktober 2011 sind nunmehr insgesamt ca. 4.500 Beschäftigte dienstlich zu beurteilen. Zum Vergleich: die Anzahl der zu beurteilenden

Beschäftigten der Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt zum 01. Oktober 2010 betrug rd. 4.000.

Warum erfolgt die Zusammenlegung der Beurteilungsstichtage?

Ziel der dienstlichen Beurteilung ist es, die den Umständen nach optimale Verwendung des Beamten zu gewährleisten und so die im öffentlichen Interesse liegende Erfüllung hoheitlicher Aufgaben (Art. 33 Abs. 4 GG) durch Beamte bestmöglich zu sichern. Der Beurteilung kommt die entscheidende Bedeutung bei der Auswahlentscheidung des Dienstherrn und der dabei erforderlichen „Klärung der Wettbewerbssituation“ zu. Insofern ist eine größtmögliche Vergleichbarkeit der erhobenen Daten sicherzustellen (BVerwG, Urteil vom 18.07.2001, - 2 C 41.00). Die dienstliche Beurteilung soll den Vergleich mehrerer Bewerber miteinander ermöglichen und zu einer objektiven und gerechten Bewertung führen, d.h. die Beurteilungsmaßstäbe müssen gleich sein und gleich angewendet werden (BVerwG, Beschluss vom 03.10.1979 2 B 24.78).

Die höchstmögliche Vergleichbarkeit wird grundsätzlich durch einen gemeinsamen Stichtag und den gleichen Beurteilungszeitraum erreicht (BVerwG,

Urteil vom 07.06.1984 2 C 54.82).

Bedenken in der Vergleichbarkeit sieht die Rechtsprechung u.a. dann, wenn die Einheitlichkeit des Beurteilungszeitraumes nicht gewahrt ist. Durch die Zusammenlegung der Beurteilungsstichtage ist die Vergleichbarkeit bei Bewerbungen der Beamtinnen und Beamten der BesGr. A 9 - A 13 BBesO auf einen höherwertigen Dienstposten sichergestellt. Eine sog. Anlassbeurteilung ist grundsätzlich nicht durchzuführen.

Anlassbeurteilungen im Rahmen der Bewerbung auf einen höherwertigen Dienstposten sind weiterhin durchzuführen in den Fällen, in denen eine dienstliche Regelbeurteilung noch nicht vorliegt. Sie ist ebenfalls möglich, wenn Bewerber seit der letzten Beurteilung befördert wurden oder, der Bewerber/die Bewerberin mit einer Funktionstätigkeit, insbesondere mit Sachgebietsleiteraufgaben betraut wurden, die im Rahmen der letzten Beurteilung noch nicht gewürdigt werden konnten.

Die Anlassbeurteilung erfolgt dann für alle Bewerber/innen, um die Vergleichbarkeit herzustellen.

### Versammlung der Schwerbehindertenvertretungen 2010

Die Bezirksschwerbehindertenvertretung hatte alle Vertrauenspersonen zu einer Versammlung der Schwerbehindertenvertretungen (Steuer) im Geschäftsbereich der Oberfinanzdirektion Niedersachsen am 6. Dezember 2010 in Nienburg eingeladen.

Im Tagungsraum hatte vorab der Nikolaus, es war ja der 6. Dezember, für jeden Teilnehmer der Veranstaltung einen Schokoladennikolaus gebracht. Nach dieser positiven Einstimmung und der Eröffnung durch den Kollegen Axel Kreklow standen Oberfinanzpräsident Kapitza und Finanzpräsident Arntz (Abteilung 1 - zentrale Aufgaben) für die eingereichten Zweifelsfragen zur Verfügung.

Die Verwaltung nahm Stellung zu den Themen Konsens 1, Telefonzentralen, Mangelverwaltung, Arbeitsverträge beim Tarifpersonal (Zeit- und Dauerarbeitsverträge), Beurlaubung, Altersteilzeit, Urlaub bei vorübergehender Dienstunfähigkeit sowie zur Beschäftigungsquote. Für andere offene Fragen aus dem Gremium standen weiterhin beide Präsidenten gerne Rede und Antwort.

Die Veranstaltung wurde dann mit dem ausführlichen Bericht der Bezirksschwerbehindertenvertretung in Person der Kollegin Ute Wehking fortgesetzt.

Die umfangreichen Aufgaben und teilweise schwierigen Arbeiten wurden in den letzten 18 Monaten durch die Erkrankung des Kollegen Axel Kreklow nahtlos von allen Vertretern in der Bezirksschwerbehindertenvertretung optimal wahrgenommen. Damit wurde offenkundig, dass hier ein über Jahre bereits eingespieltes Team Ausfälle jeder Zeit kompensieren kann.

Es folgte ein Bericht des BPR-Vorsitzenden Günther Abeling zum Thema „Aktuelles aus dem BPR (Bezirkspersonalrat)“.

Dabei wurde ein präziser und nachvollziehbarer Überblick aus Personalratssicht über die Situation der Steuerverwaltung in Bezug auf Personal, Haushaltslage, Rechtsprechung, Beurteilung, Besetzung höherwertiger Dienstposten und auf Zukunftsperspektiven gewährt. Hingewiesen wurde zudem auf die gemeinsamen Besprechungen, die Teilnahme



*Axel Kreklow eröffnete die Versammlung*

der Bezirksschwerbehindertenvertretung an den BPR-Sitzungen und auf die enge sowie sehr gute Zusammenarbeit zwischen dem BPR und der Bezirksschwerbehindertenvertretung.

Am Nachmittag standen dann die Neuwahlen der Bezirksschwerbehindertenvertretung an.

Zunächst wurde die Wahl der Bezirksvertrauensperson durchgeführt. Der Kollege Axel Kreklow erhielt hierbei von den wahlberechtigten Vertrauenspersonen alle 52 möglichen Stimmen (wie bereits bei der letzten Wahl eine 100% - Quote). Ein überragendes Ergebnis und ein absoluter Vertrauensbeweis.

Danach fand die Wahl der stellvertretenden Mitglieder der Bezirksschwerbehindertenvertretung statt. Die Stellvertreter wurden in folgender Reihenfolge gewählt: Kollegin Ute Wehking (50 Stimmen), Kollege Raimund Wojtowicz (32 Stimmen) und Kollege Uwe Roßberg (20 Stimmen).

Alle gewählten Bezirksvertrauenspersonen bedankten sich für das entgegengebrachte Vertrauen und versprachen eine weiter konstruktive Zusammen-



*Die Wahl ist eröffnet...*

*Fortsetzung auf Seite 6*

## Aus der Schwerbehindertenvertretung

Fortsetzung von Seite 5

arbeit mit allen anderen Schwerbehindertenvertretungen in der Steuerverwaltung Niedersachsen.

In den Schlussworten wies der Kollege Axel Kreklow noch auf die Versammlung und die Wahl der Hauptschwerbehindertenvertretung am 10. März 2011 beim Sparkassen- und Giroverband in Hannover im Schiffgraben hin und wünschte allen Anwesenden alles Gute insbesondere Gesundheit!



Glückwünsche zur seiner Wiederwahl erhielt Axel Kreklow (re.) von Günther Abeling (li.) und Dr. Thorsten Eichenauer (Mitte)

## Aus dem Tarifbereich

### Tarifverhandlungen 2011 - ein Ausblick

In der 4. Kalenderwoche 2011 haben so genannte „Aktionstage des öffentlichen Dienstes“ bundesweit an ausgesuchten Orten stattgefunden. Die Steuerverwaltung war am 27. Januar 2011 in Dortmund durch die Kolleginnen und Kollegen der DSTG NRW beteiligt.

Solche vorgeschalteten Aktionen dienen ausschließlich dazu - die Bürgerinnen und Bürger sowie die Medien - auf die Aufgabenerledigung des öffentlichen Dienstes im Allgemeinen hinzuweisen und das Vertrauen für unsere berechtigten Forderungen an der wirtschaftlichen Teilhabe unter dem Motto: „Wir machen das. Wer sonst?“ - zu gewinnen.

Eine häufig an mich gestellte Frage lautet:  
Wie kommt man eigentlich zu einer Forderungsfindung?  
Ist die Forderung „gerecht“?

**Vorab die Antwort: „Die Gesamtforderung ist zeitgemäß, angemessen und bezahlbar!“**

Warum?

Relevante Eckdaten

zur wirtschaftlichen Situation, wie

Prognose des Sachverständigenrates, Bruttoinlandsprodukt, privater Konsum, staatliche Konsumausgaben und Verbraucherpreise  
Steuerschätzungen/Steuereinnahmen Bund/Länder/Gemeinden  
OECD-Prognose zum Wirtschaftswachstum

zur finanziellen Situation der Landeshaushalte, wie

Länderhaushalte, Einbau einer Schuldenbremse, geplante Neuverschuldung  
Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt - Beschäftigungszahlen (die sich natürlich auch auf die Einnahmen des Staates auswirken (Lohnsteuer, Arbeitslosengeld, ...))

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

zur personellen Situation, wie

- Stellenabbau im öffentlichen Dienst der Länder
- demographische Entwicklung im öffentlichen Dienst der Länder
- Aufgabenzuwächse wegen der Reduzierung des Personals

PS: Die neueste - nach bundeseinheitlichen Mustern aktualisierte - PersBB weist allein in Niedersachsen in der Steuerverwaltung eine Unterbesetzung von mehr als 12 % aus. Das entspricht einem Personalfehl von über 1.300 Vollzeiteinheiten.

Personal- und Nachwuchsgewinnung werden hier genauso beleuchtet, wie die Einkommensentwicklung und der derzeitige Einkommensstand der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder auch im Vergleich mit den öffentlich Bediensteten im Bundesdienst.

Außerdem fließen in die Forderungsfindung natürlich die Tarifforderungen und Tarifabschlüsse der großen Branchen in der freien Wirtschaft mit ein.

Wie geht es terminlich weiter:?

1. Runde am 04. Februar 2011  
- Vorstellung der Forderungen
2. Runde am 25. Februar 2011
3. Runde am 09. März 2011

Die Forderungseckpunkte sind:

- Sockelbetrag i.H.v. 50 €
- eine tarifvertragliche Laufzeit von 14 Monaten
- die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des materiellen Gehalts der Tarifeinigung auf den Beamtenbereich
- eine Öffnung, um auf Landesebene über Altersteilzeit verhandeln zu können
- die Umsetzung der Vereinbarung vom 1. März 2009 zur Eingruppierung
- eine gewerkschaftliche Vorteilsregelung für dbb-Mitglieder

WICHTIG:

Die Forderung wird - wie auch bei den letzten Tarifverhandlungen 2009 - nicht nur für die rund 800.000 betroffenen Tarifbeschäftigten und die ca. 32.000 Auszubildenden erhoben sondern zeit- und materiellgleich auch für die rund 1,24 Mio. Beamten und Versorgungsempfänger!

Es geht bei den anstehenden Tarifverhandlungen also insgesamt um weit mehr als 2 Millionen Beschäftigte. Fakt ist außerdem, dass es in diesem Jahr - erstmals seit Jahrzehnten - keine Schlichtung geben wird. Die Schlichtungsvereinbarung wurde rechtzeitig im September 2010 von der TdL gekündigt. Das bedeutet, dass - nach einem Scheitern am Tariftisch - nach der 3. Verhandlungsrunde am 09. März 2011- die tarifbeschäftigten Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert werden, in einer Urabstimmung über Streiks abzustimmen. Hierin liegt die besondere Brisanz der diesjährigen Tarifverhandlungen.

Lasst uns für unsere berechtigten Forderungen gemeinsam eintreten -Tarifbeschäftigte und Beamte - Seite an Seite.

Beteiligt Euch zahlreich an etwaigen Demonstrationen und Protestveranstaltungen, denn:

**„Wer kämpft kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat bereits verloren!“**

Reiner Küchler  
DSTG Geschäftsführender Vorstand, Tarifbereich



<sup>1)</sup> Voraussetzung: Bezügelkonto (ohne Mindesteinzug)  
<sup>2)</sup> Nur bei Sollzinsbindung von 10 Jahren

Informieren Sie sich  
jetzt über unsere  
aktuellen Konditionen!

## Baufinanzierung für den öffentlichen Dienst zu Top-Konditionen<sup>1)</sup>

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamtinnen, Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

### Ihre Vorteile:

- ▶ Bis zu 100 %ige Finanzierung des Kaufpreises
- ▶ 3 Jahre tilgungsfreie Anlaufzeit möglich<sup>2)</sup>
- ▶ Änderung des Tilgungssatzes bis zu dreimal möglich<sup>2)</sup>
- ▶ Keine Bearbeitungsgebühr
- ▶ 5 % Sondertilgungsrecht p. a.
- ▶ Schnelle Finanzierungszusage



FMH-Award 2009 für die **Baufinanzierung**  
– Ausgezeichnet von der unabhängigen  
Finanzberatung Max Herbst.

### Ihr Ansprechpartner

Ingo Muhs, Mobiler Kundenberater Öffentlicher Dienst  
Telefon 05 11/60 74 00 00, Fax 07 21/141-14 11  
Mobil 01 72/6 79 74 78, E-Mail [ingo.muhs@bbbank.de](mailto:ingo.muhs@bbbank.de)



Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst